



FINO-Pointer 09.09.2021

Das zweite afghanische Emirat

Reinhard Schulze (FINO)

Drei Wochen nach der Machtübernahme der Regierungsgewalt in Kabul hat sich das Islamische Emirat Afghanistan eine Übergangsregierung bestellt.

Die Verhandlungen zur Regierungsbildung, die schon vor zehn Tagen in Kandahar begonnen hatten, zogen sich hin, weil sich die Mitglieder des Führungsrats der Taliban nicht auf eine arbeitsfähige Repräsentationsordnung einigen konnten. Der Konflikt drohte zu eskalieren. Erst auf Druck der pakistanischen Regierung, die ihren Afghanistan spezialisten vom militärischen Geheimdienst ISI, Generalleutnant Faiz Hameed nach Kabul entsandt hatte, und nach Abschluss der Besetzung des Panjshir-Tals und dem Zurückdrängen der neuen Nationalen Widerstandsfrente von Ahmad Ziya Massoud und Amrullah Saleh bot sich die Chance für einen Kompromiss.

Der neue Präsident des Führungsrats (rahbari shura) des Taliban-Emirats von Afghanistan und Ministerpräsident ist Muhammad Hassan Akhund. Er gehört zur machtvollen Kandahar-Gruppe der Taliban und ist enger Vertrauter des Emirs Hibatullah Akhundzadeh und ehemaliger Außenminister des ersten Taliban-Emirats. Er hatte schon den Jihad-Führungsrat des Emirats politisch geleitet.

Akhund ist wie alle anderen Vertreter der Übergangsregierung ein Mulla. Lange Zeit war dieser Ausdruck nur noch als Titel für einen lokalen islamischen Religionslehrer in Gebrauch, doch mit dem ersten Talibanat von 1994/6-2001 wurde der Begriff wieder stark aufgewertet und zum Titel eines hochrangigen islamischen Religionsgelehrten. Inzwischen bilden die Mullas

eine soziale Schicht islamischer Religionsprofessioneller, die für sich die Erzwingungsgewalt einer ihren puritanisch-orthodoxen Vorstellungen entsprechend Sittenordnung reklamieren. Der neue Ministerpräsident ist mehr an den damit verbundenen theologischen und rechtlichen Fragen interessiert als an klassischer Politik.

Die Elite aus Kandahar

Die Kandahar-Fraktion innerhalb der Taliban-Führung versteht sich als konservative Sachwalterin des Erbes der paschtunischen Version der orthodoxen Deoband-Tradition, so wie sie ihr Übervater, dem wohl 2013 in Pakistan verstorbenen Mulla Umar ausformuliert hatte. Ihr Mentor ist seit 2017 der derzeitige Emir des Talibanats, Hibatullah Akhundzadeh. Im Gegensatz zu Mulla Umar gehört Akhundzadeh den Durrani-Paschtunen an, also jener eher städtisch ausgerichteten paschtunischen Föderation, die für sich ein hohes soziales Prestige reklamiert und die lange Zeit in Afghanistan die herrschaftliche Zentralgewalt ausübte. Umar hingegen war Ghilzay-Paschtune, gehörte als Bauernsohn zu den sehr ländlich orientierten Paschtunen, die eher auf einer unteren sozialen Rangstufe angesiedelt werden. Unter der neuen Taliban-Führung hatte es einen gewissen Schwenk hin zu einer Nobilisierung gegeben, die trotz aller politischen, kulturellen und sozialen Differenz in Afghanistan weiterhin notwendig ist, um eine Herrschaftslegitimität über die Zentralgewalt zu erlangen.

Die Rückkehr der Durrani

Einen Schritt weiter geht der neue stellvertretende Ministerpräsident Abdul Ghani Baradar. Dessen Hausmacht liegt in der nördlich von Kandahar gelegenen Provinz Uzurgan, er selbst gehört den Durrani an, genauer den in dieser Provinz bestimmenden Zirak-Durrani. Baradar, der bei der Fehde vor fünf Tagen in Kabul verletzt worden sein soll, gilt als vorsichtiger «Erneuerer» des Talibanismus, dessen zivile Rolle er gegenüber der militärischen Ausrichtung stärken möchte. Baradar, dem gute Kontakte zur Durrani-Elite in Kabul nachgesagt werden, scheut sich nicht, das Wort «Reformen» in den Mund zu nehmen, um die zukünftige Politik der Taliban zu beschreiben.

Ministerpräsident Akhund ist ein Kompromisskandidat. Seine Ernennung ermöglichte es, dass die beiden Hauptkontrahenten im Talibanat, Baradar und Sirajuddin Haqqani einander auf Augenhöhe begegnen können: Baradar als stellvertretender Ministerpräsident, Haqqani, der Sohn des Begründers des Haqqani-Netzwerks aus Paktia, Jalaluddin Haqqani, als Innenminister. Sirajuddin Haqqani dürfte schwer zu kauen haben, dass er nur Innenminister geworden ist und nicht wie erhofft Ministerpräsident oder wenigstens Kriegsminister. Dieses Ministerium führt Mulla Umars Sohn Mulla, Ya'qoub. Haqqani dürfte versuchen, das Innenministerium als Innenkriegsministerium zu führen. Unterstützung wird er dabei bei seinen drei Verwandten finden, die ebenfalls auf Ministerposten berufen wurden.

Die Haqqani verstehen sich als Alliierte der Taliban und treten bisweilen als die eigentlichen Taliban auf. Jalaluddin, der einer Ghilzay-paschtunischen Tradition entstammt, hatte sich nach 2001 den Taliban angeschlossen und seine anti-Durrani-Haltung nie verschleiert. Als sich nach Mulla Umars Tod die Nobilisierung der Taliban-Führung abzeichnete, machte er sein Netzwerk zum Bollwerk einer authentischen militanten Taliban-Tradition.

Hier gilt es daran zu erinnern, dass im Prozess der Herausbildung einer Konföderation paschtunischer Gemeinschaften, die im 18.

Jahrhundert eingesetzt hatte, der Verwandtschaftsbund des ersten Fürsten des neuzeitlichen Afghanistan, Ahmad Schah Baba Durrani (1722–1772), konventionell eine aristokratische Elitestellung in der sozialen Welt der Paschtunen eingenommen hat. Kandahar, wo Ahmad Schah begraben ist, wurde zum Zentrum des Stammlands der früher Abdali, nun meist Durrani genannten Paschtunengemeinschaften. Sie setzen sich kulturell, sprachlich und politisch von den Ghilzai genannten Bündeln ab, die sehr viel fester an die tradierte paschtunische Sozial- und Sittenordnung angebunden blieben. Dies betrifft vor allem die Ghilzai-Paschtunen in der benachbarten Landschaft Paktia, die sich heute politisch und militärisch im Haqqani-Netzwerk repräsentiert sehen. Die Durrani hingegen passten sich, vor allem im Kontext der Hofgesellschaft in Kabul, einer persophonen Umwelt an.

Nicht wenige Beobachter in Afghanistan werten den Konflikt zwischen Baradar und Haqqani als Fortschreibung der Fehde zwischen Durrani- und Ghilzai-Paschtunen. Das mag etwas zugespitzt und vereinfacht sein, und doch zeigt sich hier deutlich, dass das neue Emirat in Kabul eine reine paschtunische Angelegenheit ist. Ob es irgendwann einmal das Versprechen einlösen wird, auch andere Nationen in Afghanistan politisch zu repräsentieren, ist eher unwahrscheinlich.

Doha-Fraktion

Nicht unwichtig ist die Doha-Fraktion innerhalb der Taliban. Diese wird von Kampfgefährten der Taliban gestellt, die in Katar die diplomatischen Verhandlungen mit den USA, Anrainerstaaten und westlichen Staaten geführt und damit die aussenpolitischen Bedingungen für eine Machtübernahme in Kabul geschaffen hatten. Sie sind die eigentlichen Aussenexperten und natürlich in der Regierung vertreten. Mit dabei sind als stellvertretender Ministerpräsident der Usbeke Abdul Salam Hanafi, der als der Kleriker im Kabinett gilt, und der Aussenminister Amir Khan Muttaqi, der die Verbindung zur alten Elite der islamischen Republik unterhält. Der aus Kandahar stammende Muttaqi, der an der Universität Kabul gewirkt hat und der von sich selbst sagt,

dass er vor allem an Geschichte und Poesie interessiert sei, wird als der intellektuelle Modernisierer angesehen. Der rührige stellvertretende Vorsitzende des Politbüros der Taliban und Ghilzai-Paschtune, Sher Muhammad Stanikzai, wurde zum Stellvertreter des Aussenministers berufen. Die Doha-Fraktion steht den „Erneuerern“ nahe und befürwortet, was sie jüngst als „Reformen“ bezeichnet haben. Ob diese Haltung im Führungs- und Regierungsrat eine dominante Rolle spielen wird, wird sich noch erweisen.

Eine paschtunischer Kompromiss

Die Übergangsregierung des Taliban-Emirats ist ein innerpaschtunischer Kompromiss. Er ist das Ergebnis einer Machtteilung zwischen den Taliban von Loya Kandahar (Gross-Kandahar) und den Haqqani von Loya Paktia (Gross-Paktia), zwischen dem paschtunischen Durrani-Adel und den sozial deklassierten Ghilzai-Paschtunen, zwischen Mullahs und Gelehrten, zwischen dem Land, das die Stadt "hasst", und der Stadt, die das Land "verachtet".

Die «Paschtunizität» des neuen Regimes und seines Führungsrats wird auch nicht durch die Tatsache wettgemacht, dass mit dem Kleriker Hanafi ein Usbeke an führender Position und zwei Tadschiken, Qari Din Hanif und Norullah Noori, in der Regierung Einsitz nehmen durften: der erste als Wirtschaftsminister, der zweite als Minister für Grenzregionen und Stammesangelegenheiten. Noori war 12 Jahre in Guantanamo inhaftiert und wurde als einer der «Taliban Five» 2013 nach Katar ausgeflogen. Hanif wurde wohl deshalb mit einem Posten privilegiert, weil er als Tadschike aus Badachschan massgeblich daran beteiligt war, die Provinz aus dem jüngsten Konflikt um Panjshir herauszuhalten.

Nichts ist entschieden, noch hat der Kandahar-Flügel, der sich als Erbe des wahren Talibanismus versteht, das Sagen. Die Mullaisierung der neuen „Übergangsregierung“ genannten Exekutive; der 31jährige Mulla Muhammad Ya'qoob (Ja'qub), ältester Sohn von Mulla Umar, wird nun kommissarischer Kriegsminister. Er dürfte sich als eigentlicher Gewinner im Zwist zwischen „Erneuerern“ und „Militanten“ sehen. All

das führt auch zu einer massiven Aufwertung von Kandahar als der neuen heimlichen Hauptstadt des Emirats und des Talibanismus.

Die schmale Machtbasis

Die neue Übergangsregierung der Taliban ist ein innerpaschtunischer Kompromiss und soll vor allem die verschiedenen paschtunischen Interessen angemessen vertreten. Da andere Nationalitäten im Lande sowie alle Frauen ausgeschlossen sind, vertritt die Regierung bestenfalls und nominell knapp 10-15 % der Bevölkerung, allesamt paschtunische Männer. Es wird den Taliban vor allem darum gehen, ihre Legitimität unter der Bevölkerung zu vergrössern. Die zivilgesellschaftlichen Proteste gegen die Talibanisierung von Afghanistan, die eng mit der sich verändernden Stellung der Frau in der städtischen Gesellschaft verknüpft sind, dürften fürs erste effektiver sein als der ethnonationalistische bewaffnete Widerstand der Tadschiken und Usbeken. Er zwingt die Taliban, ihr Regime des Strafens und Überwachens an die neuen sozialen Gegebenheiten vor allem in den Städten anzupassen, denn sie brauchen eine breitere Zustimmung als 1996, wollen sie nicht erneut und gleich wieder scheitern. Nur: bislang haben sie offenbar noch keinen Plan, worin diese Anpassung bestehen soll, wie sie zu erreichen ist und wie sie gegen die Militanten der Haqqanis durchzusetzen wäre. Daher wird die Regierung wohl politisch an jene Zustände anzuknüpfen versuchen, die 2001 vor dem Sturz der ersten Taliban-Herrschaft bestanden hatten. Ist erst einmal diese alte Ordnung konservativ restauriert, werden die Machthaber die Spielräume für eine Anpassung ausloten, um ein innenpolitisches Scheitern zu verhindern.

Dazu werden sie auch bestrebt sein, ihre ausserpolitische Legitimität zu verbessern und eine politische Anerkennung zu erfahren. Sie werden dazu ihrem alten Ideal von Autarkie und Isolation abschwören müssen. Sie werden vor allem den Beziehungen zu Iran und Russland grössere Aufmerksamkeit schenken, denn in Iran mehrten sich schon jetzt die Stimmen, die für eine Intervention der Revolutionsgarden zugunsten der schiitischen Bevölkerung unter den Tadschiken und Hazara werben und damit die

Integration in den nahöstlichen Proxykonflikt heraufbeschwören. Das würde das Emirat in einen heißen Regionalkonflikt hineinziehen, der auch für die Taliban nicht mehr beherrschbar wäre. Pakistan und Iran und ihre jeweiligen Alli-

ierten stünden sich in Afghanistan direkt gegenüber und würden das Land zum Schauplatz einer weiteren Episode in der afghanischen Kriegsgeschichte machen.